

<b>Vorlage Nr. IV - S 39/2023 - 1</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Antrag auf unbefristet überplanmäßig anerkannten Bedarf einer Sachbearbeitung für die Organisation einer schulischen Betreuung und Förderung geflüchteter und zugewanderter Schüler:innen**

**A Problem**

Dem Schulamt wurde eine bis April 2024 befristete Stelle zugesprochen, die mit dem Hauptaufgabenfeld der zugewanderten und geflüchteten Schüler:innen Stelle betraut und aus zentralen Mitteln finanziert wurde. Ab April 2024 stehen dem Schulamt für diese umfassende Aufgabe keine personellen und finanziellen Ressourcen mehr zur Verfügung. Um die leistungsgerechte schulische Betreuung der geflüchteten Schüler:innen sicherzustellen und hierbei insbesondere eine dem Sprachstand angemessene Förderung und Bildung zu vermitteln, ist die bisher eingerichtete Stelle zu verstetigen und kommunal zu finanzieren. Eine Betreuung der durchschnittlich 70 Willkommens- und Vorkurse mit rund 900 zugewanderten Flüchtlingen an Bremerhavener Schulen wurde vor Einrichtung der befristeten Sachbearbeitungsstelle durch abgeordnete Lehrkräfte sichergestellt. Eine Lösung, die aufgrund des bestehenden Lehrkräftebedarfs nicht länger haltbar ist.

Das Aufgabengebiet erstreckt sich auf die gesamte Abwicklung der Einrichtung von Beschulungsmöglichkeiten bis hin zur Beschäftigung des notwendigen Personals. Weiteres im Detail: Organisation von Räumen in Abstimmung mit Seestadt Immobilien und außerschulischen Partner:innen, Absprachen zwischen Schulen und der Arbeiterwohlfahrt als zuständiger Kooperationspartner, Einteilung der Kurse in Abstimmung mit den Pädagog:innen, Abstimmung mit dem Gesundheitsamt zwecks Schuleingangsuntersuchung, Erfassung und Zuweisung der Schüler:innen, Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten, Bearbeitung der Stellenausschreibungen und Durchführung der Besetzungsverfahren.

Das Aufgabengebiet ist geprägt durch nicht vorhersehbare Ereignisse, da sowohl der Zuwachs, als auch die Steuerung und das Controlling der Schüler:innen und des Personals abhängig sind von der weltpolitischen Lage und den Menschen selbst, die in Bremerhaven eine neue Heimat suchen.

Da dem Schulamt der überplanmäßig anerkannte Bedarf nur bis April 2024 zur Verfügung steht und eine formalrechtlich verzögerte Haushaltsberatung 2024/2025 zu erwarten ist, ist eine Bereitstellung der Stelle außerhalb des Haushaltsaufstellungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich, um zeitnah das Ausschreibungsverfahren durchführen zu können und eine dauerhafte Stellenbesetzung für dieses Aufgabengebiet zu erreichen.

### **B Lösung**

Das Schulamt erhält für die Organisation und Koordination eine unbefristete Stelle in der Abteilung Personal- und Schüler:innenangelegenheiten. Das Aufgabengebiet erstreckt sich auf die gesamte Abwicklung der Einrichtung von Beschulungsmöglichkeiten für geflüchtete und zugewanderte Schüler:innen einschließlich der erforderlichen Personalakquise.

Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet den überplanmäßigen Bedarf im Umfang von 1,0 VZE und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus und bittet um Anerkennung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfs. Der entsprechende Stellenantrag wird vom Schulamt im Haushaltsaufstellungsverfahren 2024/2025 eingebracht.

### **C Alternativen**

Die Einrichtung von Vorkursen an Schulen entfällt und alle schulpflichtigen, zugewanderten Schüler:innen werden sofort dem Regelsystem zugeordnet.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Die finanziellen Auswirkungen werden im Rahmen der Vorlage für den Personal- und Organisationsausschuss vom Personalamt eingebracht. Die Stellenbewertung richtet sich nach den Stellen für die Sachbearbeitung der Schüler:innenangelegenheiten nach EG 9c TVöD/VKA.

Unter Berücksichtigung der Personalhauptkosten sind jährliche Personalkosten in Höhe von 70.729,29 Euro zu veranschlagen.

Die Maßnahmen haben auf alle Eltern und Erziehungsberechtigten von schulpflichtigen Kindern sowie auf die Schüler:innen selbst eine unmittelbare Auswirkung. Ausländische Mitbürger:innen sind von der Beschlussfassung besonders betroffen. Durch das zusätzliche Personal im Schulamt kann den Belangen insbesondere der zugewanderten Mitbürger:innen verantwortlich Rechnung getragen werden. Die Maßnahmen treffen Frauen und Männer gleichermaßen. Die Vorlage hat keine Klimaschutzzielrelevanten Auswirkungen. Auswirkungen für besondere Belange des Sports sowie eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Das Personalamt einschließlich der Abteilung 11/6 „Organisation/Stellenbewertung“ wurden vom Schulamt beteiligt.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Eine Veröffentlichung nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz wird sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den überplanmäßig anerkannten Bedarf im Umfang 1,0 VZE EG 9c TVöD/VKA unbefristet für eine Sachbearbeiter:in im Schulamt, Abteilung Personal- und Schüler:innenangelegenheiten, zur Kenntnis und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Frost  
Stadtrat